

Opposition wirft der Koalition Trickserei und Verschwendung vor

Schäuble: SPD und Grüne verspielen das Recht zur Kritik

mas. BERLIN, 20. November. Der Auftakt der Haushaltswoche im Bundestag hat im Zeichen des heraufziehenden Wahlkampfes gestanden. Auf die Vorwürfe der Opposition, nicht richtig zu sparen und zu tricksen, reagierte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) mit einer Gegenattacke. Wenn der Bundesrat noch nicht einmal bereit sei, die kalte Progression zu korrigieren, sollten Sozialdemokraten und Grüne aufhören, die Steuerpolitik in irgendeinem Punkt zu kritisieren. Damit spielte er auf die schlechende Mehrbelastung der Steuerzahler an, die sich aus dem Zusammenspiel aus Geldentwertung, Lohnanpassung und Progression im Steuertarif (mit steigendem Einkommen steigt die Belastung überproportional) ergibt. Union und FDP haben ein Gesetz beschlossen, mit dem der Grundfreibetrag und der Tarif verschoben werden, um diesen Effekt auszugleichen. Ohne Zustimmung des Bundesrates kann es nicht in Kraft treten. Zugleich warb der CDU-Politiker noch einmal eindringlich für das Steuerabkommen mit der Schweiz. Wenn es von SPD und Grünen blockiert werde, entgingen dem deutschen Fiskus Milliarden, nicht zuletzt, weil Steuerhinterziehung nach zehn Jahren verjähre.

Der SPD-Haushaltspolitiker Carsten Schneider warf Schäuble zu Beginn der zweiten Lesung des Haushaltsentwurfs 2013 vor, seine Hände nur in den Schoß zu legen. Angesichts der hohen Steuererhöhungen und der Entlastung durch das niedrige Zinsniveau hätte der Etat längst ausgeglichen sein müssen. Der Koalitionsentwurf sieht für das nächste Jahr 17,1 Milliarden Euro neue Schulden vor. Der Linken-Abgeordnete

Dietmar Bartsch sagte, Deutschland sei in Europa kein Vorbild. Der Schuldenstand belaufe sich auf 82 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, obwohl die Obergrenze bei 60 Prozent liege. Priska Hinz von den Grünen machte die Koalition für insgesamt mehr als 100 Milliarden Euro neue Schulden verantwortlich.

Der Finanzminister verwies auf die ungünstige Ausgangslage zu seinem Amtsantritt. Der Haushaltsentwurf für 2010 habe eine Nettokreditaufnahme von 86 Milliarden Euro vorgesehen. Als Erfolg der schwarz-gelben Koalition hob er die Stabilisierung der Ausgaben hervor. Nächstes Jahr sollen sie 302 Milliarden Euro betragen, 2010 war es eine Milliarde Euro mehr gewesen. Schäuble betonte, die endgültige Regelung der Schuldenbremse werde drei Jahre früher als vorgesehen eingehalten. Schon nächstes Jahr werde das strukturelle Defizit nicht mehr als 0,35 Prozent der Wirtschaftsleistung betragen. Dies ist für das Jahr 2016 vorgeschrieben. Beim strukturellen Defizit werden konjunkturelle Effekte und finanzielle Transaktionen wie Einzahlungen in den dauerhaften Stabilitätsmechanismus ESM herausgerechnet.

Der CDU-Politiker Norbert Barthle hob die kontinuierliche Rückführung der strukturellen Lücke seit 2010 hervor. Sie wird nach seinen Angaben dieses Jahr 15 Milliarden Euro und nächstes Jahr 8,8 Milliarden Euro betragen. Der Bundestag wird am Freitag abschließend über das Haushaltsgesetz entscheiden. Am Dienstag verabschiedete er den zweiten Nachtragshaushalt für dieses Jahr und das Begleitgesetz zum europäischen Fiskalpakt, nach dem das Staatsdefizit nicht mehr als 0,5 Prozent des BIP betragen darf.

Gerangel um Griechenlandhilfe

Lösung für Finanzierungslücke gesucht / Streit mit IWF

wmu. BRÜSSEL, 20. November. Die Finanzminister des Euroraums haben am Dienstagabend abermals versucht, ihren andauernden Streit über die Zukunft des internationalen Hilfsprogramms für Griechenland zu lösen. Vor dem Treffen der Minister in Brüssel galt die Klärung aller offenen Fragen als unsicher. Diese ist die Voraussetzung dafür, dass die nächste Kredittranche aus dem Griechenland-Programm von 31,5 Milliarden Euro freigegeben wird. Der Chef der Eurogruppe, Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker, sagte bei seinem Eintreffen, er „gehe davon aus, dass die Chancen gut stehen, dass wir heute Abend zu einer endgültigen, einvernehmlichen Lösung kommen“. Er sei „seiner Sache aber nicht ganz sicher“, fügte Juncker hinzu. Das Treffen dauerte bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe an.

Die Minister mussten zwei wesentliche Fragen klären. Zum einen war zuletzt offen, wie sich die Finanzierungslücke schließen lässt, die daraus entsteht, dass Athen zwei Jahre mehr – bis 2016 – zur Verwirklichung seiner Spar- und Reformauflagen erhält. Die Lücke beläuft sich insgesamt auf 32,6 Milliarden Euro. Die Eurogruppe wollte aber nur das bis 2014 entstehende Loch von 13,5 Milliarden Euro stopfen. Damit soll verhindert werden, dass die öffentlichen Gläubiger Athens schon jetzt auf Forderungen verzichten müssen. Die österreichische Finanzministerin Maria Fekter kündigte an, die Eurogruppe werde eine „Mischung aus mehreren Maßnahmen“ zur Schließung der Lücke beschließen. Als ein Element lagen der Eurogruppe Vor-

schläge für ein Schuldentranchenprogramm vor. Demnach sollte sich Griechenland den Wertverfall seiner Anleihen zunutze machen und seine eigenen Papiere zu einem niedrigeren Tarif zurückkaufen. Finanziert werden sollte das mit Hilfe von Krediten der Krisenfonds EFSF oder ESM. Fekter nannte als weitere Option eine „substantielle Senkung der Zinsen“ auf die griechischen Kredite. Diskutiert wurde ferner eine Verlängerung der Zahlungsziele.

Weil die Finanzierungslücke nur bis 2014 geschlossen werden sollte, galt eine Einigung in diesen Fragen als möglich. Dagegen zeichnete sich zunächst kein Kompromiss im Streit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über die Tragfähigkeit der griechischen Staatsschuld ab. Der Fonds besteht darauf, dass der griechische Staat seine Schuldenquote bis 2020 auf 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) senkt. Die Eurogruppe sieht die Schuldentragfähigkeit dagegen noch als gewährleistet an, wenn die Staatsschuld bis 2022 auf diesen Wert sinkt.

An dem Treffen der Eurogruppe nahm auch die Geschäftsführende Direktorin des Fonds, Christine Lagarde, teil. Sie hatte mehrfach eine dauerhafte Lösung gefordert. Juncker äußerte mit Blick auf den Konflikt die Hoffnung, dass „wir heute Abend brückenbauende Elemente in genügender Zahl zusammenbringen“, um zu einer Einigung mit dem IWF zu kommen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) verwies darauf, dass der Fonds „seine eigenen Regeln“ habe. „Die Sache ist nicht einfach, sonst brauchten wir nicht so viele Sitzungen“, sagte der Minister.

Chinas Handel mit der EU und Japan sinkt

itz. PEKING, 20. November. Der Außenhandel des Exportweltmeisters China verändert sich zugunsten der Europäischen Union und Japans. Die EU kämpft mit einer Rezession, und die japanischen Unternehmen leiden unter dem Handelskonflikt mit der Volksrepublik wegen des Streits um eine Inselgruppe. Die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten wächst zwar auch nur schwach, aber sie steht aus chinesischer Sicht besser da als die europäische. Deshalb habe sich Amerika an der EU vorbeigeschoben und sei jetzt Chinas wichtigster Exportmarkt, sagte ein Sprecher des Handelsministeriums in Peking. Er bezog sich auf den Ausfuhrwert in den ersten zehn Monaten des Jahres im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2011. In den vergangenen Jahren hatte die EU die Liste zumeist angeführt, vor den Vereinigten Staaten, Hongkong und Japan. Japan wurde jetzt erstmals von der Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten Asean überholt. Der Export in diesen Verbund aus zehn Ländern, mit dem China ein Freihandelsabkommen unterhält, ist nach Angaben der Pekinger Zollverwaltung im genannten Zeitraum um mehr als 19 Prozent gestiegen. Mit Japan betrug der Anstieg nur 4 Prozent. In Richtung Europa gingen die Lieferungen um fast 6 Prozent zurück, Amerika nahm 9,5 Prozent mehr auf. Der Export nach Deutschland schrumpfte überdurchschnittlich um mehr als 9 Prozent. Import und Export zusammengefasst, rangiert die EU für China weiter auf Platz eins vor Amerika.

Oettinger erwartet noch höhere Strompreise

jch. BERLIN, 20. November. Im kommenden Jahr werden mehr als 30 Millionen Haushalte mehr für den Strom zahlen müssen. Durch die steigende Ökostromabgabe und Netzentgelte erhöhen mehr als 600 der 1100 Stromunternehmen die Preise um durchschnittlich 12 Prozent, melden Internetvergleichsportale. Das wird aber noch nicht das Ende immer höherer Energiekosten sein. „In Deutschland wird der Strompreis noch weiter ansteigen“, sagte EU-Kommissar Günter Oettinger (CDU) dieser Zeitung. Ein Fehler ist, dass im Gesetz zur Förderung von erneuerbaren Energien (EEG) keine Bremse vorkommt. Steigende Energiepreise würden für eine Reform sorgen, aber das werde dauern. In der Energiepolitik kritisiert er, dass viele Einzelmaßnahmen kein in sich stimmiges Bild ergeben. „Deutschland muss zusehen, dass seine Energiepolitik nicht immer mehr in Richtung Planwirtschaft stolpert“, forderte er. „Wir brauchen mehr Markt.“ Die Versorger müssen sechs Wochen vor einer Preiserhöhung die Kunden informieren; wenn das zum Januar geschehen soll, bleibt ihnen bis Dienstag Zeit. Zugleich warnt der Verein der Kohlenimporteure vor Engpässen in der Stromversorgung durch die Energiewende: Mit Verweis auf eine Prognos-Studie erklärt der Verband, dass durch den Atomausstieg im Jahr 2020 mindestens 8 Gigawatt gesicherte Erzeugungskapazität fehlten. Am günstigsten wäre es, wenn die drohende Kapazitätslücke durch bestehende thermische Kraftwerke geschlossen werde.

Im Gespräch: Volker Wieland, Professor an der Universität Frankfurt und designiertes Mitglied des Sachverständigenrats

„Ein Schuldenschnitt allein hilft wenig“

Der neue „Wirtschaftsweise“ Volker Wieland sieht in Griechenland keine ausreichenden Reformbemühungen. Einen zweiten Schuldenerlass für Athen dürfe es daher nicht geben. Zudem warnt er die EZB vor einer Zwickmühle.

Der griechische Schuldenberg wächst rasant trotz Konsolidierungsbemühungen. Jetzt beträgt die Schuldenquote schon 175 Prozent, im nächsten Jahr steigt sie auf 190 Prozent zu. Kann es Griechenland schaffen, seine Schulden zu tragen und jemals alle Kredite zurückzuzahlen?

Das wird aus gutem Grund von vielen bezweifelt. Ein breiter politischer Konsens für eine konsequente Konsolidierungs- und Reformpolitik fehlt in Griechenland, und die Regierungsmehrheit ist äußerst knapp. Im Vergleich zu anderen Krisenländern liegt es trotz massiver Unterstützung durch Kredite und die Überwachung durch die IWF-EZB-EU-Troika weit zurück.

Braucht Griechenland doch einen zweiten Schuldenschnitt – gegen den sich Bundesfinanzminister Schäuble wehrt?

Ein Schuldenschnitt allein hilft wenig, wenn nicht konsequent reformiert und dauerhaft konsolidiert wird. Es gab ja bereits einen Schuldenschnitt, bei dem zwar hauptsächlich private über den Verzicht übten, aber auch die Abwicklungsgesellschaften in Staatsbesitz auf Anleihen aus dem Bestand der HRE und West LB einen Schnitt akzeptieren mussten, was also auch die Steuerzahler trifft.

Der Bundesbank-Präsident hat vorgeschlagen, einen Schuldenschnitt nur dann in Aussicht zu stellen, wenn Griechenland entschiedener reformiert. Wäre das eine gute Idee?

In Griechenland muss sich noch viel bewegen. Solange die Steuerverwaltung ausstehende Steuern vielfach nicht einstreichen kann und solange auch unter den Bürgern des Landes kein Vertrauen in griechische Anleihen besteht, ist ausländischen Steuerzahlern schwer zu erklären, warum gerade sie stärker beteiligt werden sollen.

Mehr als 1 Million Strafen gegen Hartz-IV-Bezieher

svs. FRANKFURT, 20. November. Die Jobcenter haben erstmals innerhalb eines Jahres mehr als eine Million Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger verhängt. Zwischen August 2011 und Juli 2012 sprachen die Behörden 1,017 Millionen Strafen aus, das waren 31 Prozent mehr als noch 2007. In der Folge wurde den Betroffenen vorübergehend die Leistung im Durchschnitt um 116 Euro gekürzt. Die Sanktionsquote, die den Anteil der Betroffenen an allen Sozialhilfeempfängern angibt, stieg von 2,3 Prozent im Jahr 2007 auf zuletzt 3,2 Prozent. Dies geht aus einer aktuellen Statistik der Bundesagentur für Arbeit hervor.

Die Arbeitsagentur führt den Anstieg auf zwei Gründe zurück. Zum einen arbeiteten die 2005 entstandenen Jobcenter zunehmend konsequenter und kontinuierlicher, da die hohe Personalfuktuation der Vergangenheit gestoppt sei. Zum anderen sorgte die gute Lage am Arbeitsmarkt dafür, dass den Langzeitarbeitslosen mehr Arbeitsangebote gemacht werden könnten und es dadurch auch mehr Termine zu verpassen gebe, eine Sprecherin sagte. Dafür spricht, dass zuletzt im Juli der häufigste Sanktionsgrund mit fast 68 Prozent auf Meldeversäumnisse entfallen ist. Dies bedeutet einen Anstieg innerhalb von 5 Jahren um 14 Prozentpunkte. Im selben Zeitraum ist der Anteil der Arbeitsverweigerer um fast 10 Punkte auf 14 Prozent gefallen, die Verstöße gegen die Eingliederungsvereinbarungen sanken um 3 Zähler auf 14,6 Prozent.

Wie die Daten weiter zeigen, unterscheiden sich die Sanktionierungen sowohl nach Alter, Geschlecht und Herkunft als auch nach Region zum Teil deutlich. Während Berlin und Rheinland-Pfalz mit jeweils 3,8 Prozent die höchsten Quoten aufwiesen, lag Bremen mit 2,5 Prozent am Ende der Skala. Männer (4,4) wurden deutlich öfter mit Strafen belegt als Frauen (2). Ausländer wurden den Daten zufolge mit einer Quote von 2,8 Prozent unterdurchschnittlich oft sanktioniert.

Auffällig ist der Unterschied zwischen Älteren und Jüngeren. Während die Gruppe im Alter zwischen 50 und 65 Jahren lediglich auf eine Quote von 1,1 Prozent kommt, weisen junge Menschen unter 25 Jahren mit 4,8 Prozent den höchsten Wert auf. Der Agentursprecherin zufolge liegt dies an dem im Gesetz festgelegten besonderen Betreuungsanspruch für Jugendliche. Damit diese „erst gar nicht in Hartz-IV-Karrieren hineinrutschen“, könne das Jobcenter mehr Termine vereinbaren als für Ältere. Demnach gebe es deutlich mehr Gelegenheiten, einem Treffen unentschuldig fernzubleiben. (Kommentar Seite 18.)



Neu im Rat: Der Geldtheoretiker und Makroökonom Volker Wieland ist vom Bundeskabinet als neues Mitglied des Sachverständigenrats nominiert worden. Der 46 Jahre alte Fachmann für Geldpolitik soll dort Wolfgang Franz ersetzen, der im Februar 2013 ausscheidet. Wieland lehrt seit 2000 an der Goethe-Universität. Zuvor hat er für die amerikanische Zentralbank Fed geforscht. Er hat vielbeachtete Studien zur Wirkung von Konjunkturprogrammen vorgelegt.

Foto Felix Seuffert

Wie weit sehen sie die notwendigen Reformen und Haushaltsanpassungen in den anderen Krisenländern gediehen?

Entscheidend ist der politische Konsens. In Irland und Portugal besteht er. Die Regierungen haben sowohl Sparprogramme als auch wachstumsfördernde Reformen auf den Weg gebracht. Ebenso geht es in Spanien voran. Positiv ist auch, dass die Defizite im Außenhandel sinken.

Und Italien?

Das Land hat viele sehr leistungsfähige Unternehmen, muss aber seinen Arbeitsmarkt reformieren, um mehr Wachstum zu realisieren – ein Prozess, wie ihn auch Deutschland durchgestanden hat. Der hohe Schuldenstand macht Italien verletzlich. Zudem ist die politische Unsicherheit sehr groß, solange es nicht klar ist, ob die reformorientierte Politik nach der anstehenden Wahl fortgesetzt wird.

Steht auch Frankreich auf der Kippe? Soeben hat eine zweite Ratingagentur die französische Bonitätsnote herabgestuft.

Die Herabstufung des Ratings für französische Staatsanleihen ist ein Warnsignal, und zwar keines, das überraschend kam. Frankreich sollte Wettbewerb und

Wachstum stärken. Höhere Einkommensteuern und zusätzliches Reglement am Arbeitsmarkt schaden da nur.

Die Rezession im Euroraum scheint sich erst mal weiter zu verschärfen. Keynesianische Ökonomen sagen, das liegt vor allem am scharfen Sparkurs. Stimmt das?

Idealerweise spart man dort, wo es einen geringen Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage hat. In einer idealen Welt streckt man die Maßnahmen über einen längeren Zeitraum und wächst eher aus den Schulden heraus. Sind sie aber einmal so hoch wie jetzt, sind schnelle Einschnitte notwendig, um potentielle Investoren zu überzeugen.

Was ist besser: Steuern erhöhen oder Ausgaben kürzen?

Höhere Einkommensteuern sorgen nicht nur kurz-, sondern auch längerfristig für weniger Wachstum. Besser ist es, die Ausgaben zu senken, insbesondere Transfers. Wenn eine Regierung zu scharfen Sparen vermeiden will, dann sollte sie dafür umso mehr Reformbereitschaft zeigen, etwa beim Liberalisieren des Arbeitsmarktes. Wer Reformen vorzieht, kann die Sparbemühungen etwas strecken.

In Deutschland gibt es viel Skepsis bezüglich der Politik der Europäischen Zentralbank. Die Bundesbank stimmt sich gegen die Ankündigung der EZB, unter Bedingungen unbegrenzt Staatsanleihen von Krisenländern zu kaufen. Was sind die Risiken dabei?

Die EZB bewegt sich damit sehr weit auf das Gebiet der Fiskalpolitik vor. Natürlich ist es für Staaten in Bedrängnis, die Anleihen nicht mehr am Markt plazieren können, immer eine Versuchung, sich die Kredite von der Zentralbank zu holen. Dagegen hat man die Unabhängigkeit der Zentralbanken gesetzt, die sich außerdem primär um Preisstabilität kümmern müssen. Der Clou beim neuen Ankaufprogramm ist die Bedingung eines ESM-Programms. Das stelle eine Barriere gegen eine hemmungslose Nutzung des Programms dar, meint die EZB. Aber sie ordnet sich damit letztlich politischen Bedingungen unter, die von den Regierungen gesetzt werden. Am Beispiel Griechenlands zeigt sich, dass es schwierig ist, weitere Kredite zu stoppen, auch wenn die Bedingungen nicht erfüllt sind. Auch die EZB wird vielleicht mal vor einer solchen Situation stehen.

Das Gespräch führte Philip Plickert.

Weil Deutschland eine Bank braucht, die nicht einfach so weitermacht. Sind wir die Bank an Ihrer Seite.

COMMERZBANK

Die Bank an Ihrer Seite